

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Ullmann	Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Güttler	Leiterin Vogtlandbibliothek	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Mißbach	Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften	öffentlicher Teil
Herr Markert	Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Herr Brosig	Sachbearbeiter Verkehrsplanung	öffentlicher Teil
Frau Gerold	Sachbearbeiterin Wirtschaftsförderung	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil
Herr Leonhardt, Geschäftsstelle des Zweckverbandes ÖPNV	öffentlicher Teil
Herr Wolf, Ingenieurbüro VCI Dresden	öffentlicher Teil
Frau Schmidt und Herrn Hummel, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Vogtland e.V.	öffentlicher Teil
Herr Fugmann, Herr Müller, ARGE Fugmann Architekten GmbH/Bauplanung Plauen GmbH	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 09.06.2020
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
- 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 09.06.2020
- 2. Information**
- 2.1. Tageseinsatzbereitschaft der Plauener Feuerwehren
Drucksachenummer: 0143/2020
- 3. Beschlussfassung**
- 3.1. Ernennung der gewählten Beigeordneten des Geschäftsbereiches II zur hauptamtlichen Beamtin auf Zeit
Drucksachenummer: 0202/2020
- 3.2. Bestellung der Beigeordneten als Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Drucksachenummer: 0203/2020
- 3.3. 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2021 nach § 8 Absatz 2 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz
Drucksachenummer: 0193/2020
- 3.4. 3. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2020 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz
Drucksachenummer: 0190/2020

- 3.5. 4. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2020 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz
Drucksachennummer: 0192/2020
- 3.6. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für Flurstück 1019, Gemarkung Chrieschwitz)
Drucksachennummer: 0154/2020
- 3.7. Grundstücksverkehr (Verkauf Flurstück 76, Gemarkung Reusa, Reusaer Waldhaus 1)
Drucksachennummer: 0185/2020
- 3.8. Konkretisierung des Beschlusses zur Übertragung der "Alten Reusaer Schule"
Förderschule für Erziehungshilfe an den Landkreis Vogtlandkreis
Drucksachennummer: 0188/2020
- 3.9. Satzung zur 2. Änderung der Gebührensatzung für die Vogtlandbibliothek Plauen
(Gebührensatzung Vogtlandbibliothek – GebSVoBi)
Drucksachennummer: 0174/2020
- 3.10. Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzungsordnung der Vogtlandbibliothek Plauen (Benutzungsordnung Vogtlandbibliothek – BOVoBi)
Drucksachennummer: 0175/2020
- 3.11. Sporthallenbau und Freiflächengestaltung am Lessing-Gymnasium
Drucksachennummer: 0176/2020
- 3.12. Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Sanierung der Turnhalle der Grundschule
"Am Wartberg" (2. Bauabschnitt)
Drucksachennummer: 0186/2020
- 3.13. Polizeiverordnung der Stadt Plauen,
Drucksachennummer: 0168/2020
- Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 83-20** - Stellungnahme der Verwaltung
- 3.14. Umbenennung eines Teiles der Straße „Moorengasse“ in Plauen OT Straßberg
in „Walter-Ballhause-Straße“
Drucksachennummer: 0169/2020
- 3.15. Nahverkehrsplan für den Nahverkehrsraum Vogtland - 4. Fortschreibung 2020-2024
Drucksachennummer: 0130/2020
- 3.16. Antrag der CDU-Fraktion - Maßnahmen zur Belebung der Gastronomie- und Gewerbelandschaft
in Plauen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie,
Reg.-Nr. 108-20 - Stellungnahme der Verwaltung
- 3.17. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Sitzungen des Stadtrates per Livestream/
bessere Transparenz über die sozialen Medien schaffen
Reg.-Nr. 111-20 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, und Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, informiert über einen Antrag seiner Fraktion bezüglich des Ersatzneubaus der Neuen Elsterbrücke (**Reg. Nr. 120-20**).

Die dort erwähnten technischen Argumente möchten bitte im nächsten Stadtbau- und Umweltausschuss nach der Sommerpause behandelt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer befürwortet diese Vorgehensweise.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 09.06.2020

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen vom 09.06.2020 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass die Beantwortung einer Anfrage von Stadtrat Maik Schwarz noch aussteht. Stadtrat Schwarz wurde diesbezüglich bereits informiert.

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer übergibt das Wort an Herrn Levente Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II.

Bürgermeister Sárközy verabschiedet sich nach 7 Jahren Amtszeit. Er führt u. a. aus, dass die Stadt Plauen sein Leben im privaten wie auch im beruflichen Sinne geprägt hat, wofür er sehr dankbar ist.

Bürgermeister Sárközy bedankt sich bei der Bürgerschaft der Stadt Plauen, welche z. B. für den Erhalt des Kemmler-Turmes gespendet haben, z. B. die Bürgerinitiative, welche sich gemeinsam mit der Verwaltung für den Ausbau der Elsteraue eingesetzt haben.

Weiterhin bedankt sich Bürgermeister Sárközy bei den Mandatsträgern der Stadt Plauen aus den letzten sieben Jahren.

Bürgermeister Sárközy dankt ebenso Oberbürgermeister Oberdorfer für die Gestaltungsspielräume, welche dieser ihm für die Gestaltung der Stadt Plauen eingeräumt hat.

Bürgermeister Sárközy führt weiter aus, dass er auch in der Verwaltung viele Mitstreiter gefunden hat, welche seine Arbeit konstruktiv unterstützt und mitgestaltet haben, so u. a. Dank an Frau Göbel, Frau Kramer, Frau Spranger, Herrn Brückner und den Mitarbeiterinnen des Sitzungsdienstes sowie Frau Ullmann und Herrn Gabriel. Herrn vom Hagen und Herrn Armbruster, Herrn Löffler und Herrn Giering dankt Bürgermeister Sárközy ebenfalls für eine gute Zusammenarbeit.

Bürgermeister Sárközy bedauert sehr, dass er nicht allen wichtigen Mitarbeiter/innen persönlich danken kann.

Bürgermeister Sárközy merkt an, dass es in solch einer großen Verwaltung nicht nur Mitstreiter, sondern auch kräftezehrende Gegner gegeben hat. Diesen verzeiht er an dieser Stelle.

Die aufregendste (nicht aber die schwierigste) Entscheidung seiner Amtszeit war nach Meinung von Bürgermeister Sárközy der einsturzgefährdete 55 m hohe Schornstein in der Elsteraue, welcher zu einer abendlichen Evakuierung geführt hatte. Die Durchsetzung dieser Evakuierung erwies sich im Nachhinein als richtige Entscheidung.

Bürgermeister Sárközy wünscht zum Abschluss alles Gute - vor allem Weisheit und die notwendige innere Haltung, immer die beste Entscheidung für die Stadt Plauen und für die darin lebenden Menschen zu treffen.

Zum Abschluss erzählt Bürgermeister Sárközy noch vom schönsten Augenblick seiner Amtszeit: Nach der Einweihung der neu gebauten Elsterrassen kamen Bürger/innen, um mit ihm gemeinsam auf das Projekt und auf die Stadt anzustoßen. Dies sei eine schöne Anerkennung des guten Miteinanders gewesen.

Oberbürgermeister Oberdorfer möchte sich ebenfalls bei Bürgermeister Sárközy bedanken. Die offizielle Verabschiedung wird allerdings erst Ende August 2020 erfolgen. Bis dahin ist Bürgermeister Sárközy noch im Amt und erfüllt seine Aufgaben nach wie vor sehr engagiert.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über den aktuellen Sachstand bezüglich regelmäßiger kostenloser Corona-Tests für Kita-Mitarbeiter/innen.

Hierfür hat Oberbürgermeister Oberdorfer bei der Landesvorstandssitzung über das schriftliche hinaus das Wort ergriffen. Der Verband ist bemüht, gemeinsam mit dem SSG diese Angelegenheit gemeinsam mit der Staatsregierung voranzutreiben.

1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 09.06.2020

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt bekannt, dass der Stadtrat der Stadt Plauen beschlossen hat, die Nichtausschlagung des Nachlasses von Frau Regina Heinecke gegenüber dem Nachlassgericht durch begründete Erklärung anzufechten.

2. Information

2.1. Tageseinsatzbereitschaft der Plauener Feuerwehren

Drucksachenummer: 0143/2020

Frau Anja Ullmann, Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung, erläutert den Inhalt der Vorlage. Sie teilt u. a. mit, dass einige Zahlen der vorliegenden Vorlage bereits überholt seien. Leider kann Herr Pöcker, Leiter des Fachgebietes Brandschutz, heute nicht anwesend sein, um darüber zu berichten.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Ausbildung bezüglich der Atemschutzgeräteträger läuft und die Einsatzbereitschaft wohl in absehbarer Zeit wieder erklärt werden könne.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den aktuellen Stand der Tageseinsatzbereitschaft der Plauener Feuerwehren zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

3.1. Ernennung der gewählten Beigeordneten des Geschäftsbereiches II zur hauptamtlichen Beamtin auf Zeit

Drucksachenummer: 0202/2020

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister, Frau Kerstin Wolf auf Grundlage der Wahl vom 05.05.2020 für die Amtszeit ab 01.09.2020 zur hauptamtlichen Beamtin auf Zeit zu ernennen.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-1

3.2. Bestellung der Beigeordneten als Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Drucksachenummer: 0203/2020

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister Herrn Steffen Zenner als ersten Stellvertreter und Frau Kerstin Wolf als zweite Stellvertreterin des Oberbürgermeisters im Falle seiner Verhinderung.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-2

3.3. 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2021 nach § 8 Absatz 2 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz
Drucksachenummer: 0193/2020

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 1. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2021 nach § 8 Absatz 2 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des „Vogtländischen Musiktages“ am Sonntag, dem 10.01.2021, begrenzt auf den Bereich Rosa-Luxemburg-Platz 7 und dem Nahversorgungszentrum Rosa-Luxemburg-Platz.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-3

3.4. 3. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2020 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz
Drucksachenummer: 0190/2020

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, hält die Vorlagen bezüglich der Sonntagsöffnungszeiten für gelungen, es sei hier wie auch in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet worden.

Stadtrat Brückner regt an, die nächste Vorlage bezüglich Sonntagsöffnungszeiten zum Europäischen Bauernmarkt analog zu den jetzigen zu entwickeln und einzubringen, ohne eine Begrenzung der Öffnung von Geschäften auf den Stadtteil Neundorf.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt dies als Anregung mit. Er habe in den vergangenen Jahren immer versucht, die engen Grenzen des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes auszuschöpfen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 3. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2020 nach § 8 Absatz 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich der „Plauener Weihnacht“ am Sonntag, den 06.12.2020, begrenzt auf ausgewählte Straßenzüge in den Bereichen Einkaufsinnenstadt, Elsteraue, Kauschwitz und Rosa-Luxemburg-Platz (Anlagen 1 bis 4).

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-4

3.5. 4. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2020 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz
Drucksachenummer: 0192/2020

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 4. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2020 nach § 8 Absatz 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich der „Plauener Weihnacht“ am Sonntag, dem 20.12.2020, begrenzt auf ausgewählte Straßenzüge in den Bereichen Einkaufsinnenstadt, Elsteraue, Kauschwitz und Rosa-Luxemburg-Platz (Anlagen 1 bis 4).

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 10/20-5

**3.6. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für Flurstück 1019, Gemarkung Chrieschwitz)
Drucksachenummer: 0154/2020**

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Vogtland e.V., Frau Schmidt und Herrn Hummel.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt des neuen Änderungsblattes zur Vorlage vom 29.06.2020 und den darin enthaltenen geänderten Beschlussvorschlag.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, bezieht sich auf Satz 3 des Sachverhaltes in der Vorlage: „*Von der AWO wurde damals versäumt, Antrag auf Genehmigung einer weiteren Grundschuld in Höhe von 7 Mio. EUR zu stellen*“ Er fragt nach, ob es wirklich nur ein Versäumnis war oder ob es ursprünglich Überlegungen zu einem anderen Konzept der Finanzierung gab.

Herr Hummel antwortet, dass es vorher keine anderen Pläne gab und erläutert die Einzelheiten. Es wurde lediglich versäumt, zur Sitzung am 03.03.2020 den Stadtrat zu informieren, dass die Hauptfinanzierung noch kommt.

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest den geänderten Beschlussvorschlag zur Vorlage und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück in Plauen, Kastanienweg 1 (Seniorenpflegeheim „Haus Sonnenhof“), Flst. -Nr. 1019, Gemarkung Chrieschwitz, Größe 6.225 m² (Anlage 1), Erbbauberechtigter Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Vogtland e.V., mit einer Grundschuld in Höhe von 7.000.000,00 EUR zzgl. Zinsen und Nebenleistungen für die Bank für Sozialwirtschaft AG mit Sitz in Berlin und Köln (BfS).

**Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 10/20-6**

**3.7. Grundstücksverkehr (Verkauf Flurstück 76, Gemarkung Reusa, Reusaer Waldhaus 1)
Druckaschenummer: 0185/2020**

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert kurz den Inhalt der Vorlage. Weiterhin informiert er über das Änderungsblatt zur Vorlage vom 29.06.2020 mit einem geänderten Beschlussvorschlag.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, tragen die Entscheidung der Verwaltung mit. Er bedankt sich an dieser Stelle bei der bisherigen Pächterin Frau Windisch, welche seit 16 Jahren unter schwierigen Bedingungen diese gastronomische Einrichtung geführt hat.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf des Grundstücks in 08529 Plauen, Reusaer Waldhaus 1, Größe 2.080 m², Flurstück-Nr. 76, Gemarkung Reusa, an Herrn Martin Reißmann/ Herrn Sebastian Höfer, Plauen, für 260.000,00 EUR oder im Falle des Nichtzustandekommens dieses Verkaufs, den Verkauf an Herrn Gert Ratzka, Plauen, für 251.000 EUR sowie die Belastung des Kaufgegenstandes mit Grundpfandrechten vor Eigentumsübergang bis zur Höhe der Gesamtinvestitionssumme (Belastungsvollmacht).

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 1 Stimmenthaltung

3.8. Konkretisierung des Beschlusses zur Übertragung der "Alten Reusaer Schule" Förderschule für Erziehungshilfe an den Landkreis Vogtlandkreis
Drucksachenummer: 0188/2020

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass an der Übergabe der „Alten Reusaer Schule“ Förderschule für Erziehungshilfe, Tauschwitz Str. 7, Flurstück 119/2 Reusa in 08529 Plauen an den Vogtlandkreis zur Übertragung der Schulträgerschaft durch einen Zuständigkeitswechsel rückwirkend zum 01.01.2019 festgehalten wird.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-8

3.9. Satzung zur 2. Änderung der Gebührensatzung für die Vogtlandbibliothek Plauen (Gebührensatzung Vogtlandbibliothek – GebSVoBi)
Drucksachenummer: 0174/2020

Frau Grit Güttler, Leiterin der Vogtlandbibliothek Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 2. Änderung der Gebührensatzung für die Vogtlandbibliothek Plauen (Gebührensatzung Vogtlandbibliothek – GebSVoBi) zum 01.08.2020.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-9

3.10. Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzungsordnung der Vogtlandbibliothek Plauen (Benutzungsordnung Vogtlandbibliothek – BOVoBi)
Drucksachenummer: 0175/2020

Frau Grit Güttler, Leiterin der Vogtlandbibliothek Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet Frau Güttler, dass es derzeit ca. 5.000 Nutzer der Vogtlandbibliothek gibt. Täglich kommen ca. 2 bis 3 Neuanmeldungen dazu.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 2. Änderung über die Benutzungsordnung der Vogtlandbibliothek Plauen (Benutzungsordnung Vogtlandbibliothek – BOVoBi) zum 01.08.2020.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-10

3.11. Sporthallenbau und Freiflächengestaltung am Lessing-Gymnasium
Drucksachenummer: 0176/2020

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Fugmann und Herrn Müller von der ARGE Fugmann Architekten GmbH/Bauplanung Plauen GmbH und erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hält es für die richtige Entscheidung, diesen innovativen Sporthallenbau am Lessing-Gymnasium zu etablieren. Er bedankt sich an dieser Stelle bei den beteiligten Architekten sowie bei der Bundestagsabgeordneten Frau Yvonne Magwas für die Vermittlung dieses Modellprojektes.

Stadtrat Schmidt fragt nach, wieso nun von einer 90 %igen Förderung ausgegangen wird, obwohl zu Beginn 100 % Förderung der Maßnahme im Raum standen.

Stadtrat Schmidt führt weiter aus, dass seine Fraktion einen Antrag vorbereitet hat, dass die Betreuung der neuen Sporthalle perspektivisch durch den SV 04 Oberlosa erfolgen sollte.

Entsprechende Gespräche mit den Verantwortlichen des Vereins sollten im Herbst dieses Jahres erfolgen.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte die Gelegenheit nutzen den Ideengebern und Bauträgern zu danken. Gleichzeitig spricht sie noch einmal die Situation der Kleingärtner an, welche für diesen Neubau ihre Kleingartensparte aufgeben mussten. Sie bedankt sich bei Regionalverband Kleingärtner für die konstruktive Zusammenarbeit, um eine gute Lösung für alle Beteiligten zu finden.

Stadtrat Oliver Bittmann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, inwieweit die Vorplanung bei der Förderbehörde eingereicht wurde. Weiterhin fragt er nach, ob es Planungen gibt, um eventuellen Mehrkosten zu deckeln bzw. die Maßnahme abbrechen zu können.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass der Sporthallenbau am Lessing-Gymnasium wichtig sei. Sie selbst hätte gerne eine ausführliche Vorstellung des Projektes im Kultur- und Sportausschuss gehabt.

Stadträtin Rank spricht die Nachfolgekosten von ca. 350 TEUR an. Diese sollten auf keinen Fall aus den Augen verloren werden. Deshalb sein ein ordentliches Betreiberkonzept notwendig.

Hierfür sollten verschiedene Vereine (also nicht nur der SV 04 Oberlosa) in die Betrachtungsweise einbezogen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Bund pro Stadt 25 Mio. EUR zur Verfügung stellt. Es wird erwartet, dass die gleiche Summe noch einmal aus dem jeweiligen Bundesland dazu kommt. Wie sich dieser 2. Teil zusammensetzt, sei dem Bund egal. Wenn der Freistaat Sachsen diese 25 Mio. EUR insgesamt zur Verfügung stellen würde, so hätte Plauen eine Förderung von 100 %. Dies sei aber eher unwahrscheinlich. Derzeit gibt es Gespräche mit dem Freistaat Sachsen zur Möglichkeit der Förderung bzw. des Eigenanteils der Stadt Plauen.

Oberbürgermeister Oberdorfer geht davon aus, dass die Stadt Plauen auf 10 % Eigenanteil des Gesamtvorhabens eingestellt sein sollte.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass eine ausführliche Darstellung des Projektes bereits in 2 Ausschüssen vorgestellt wurde. Dies wäre seiner Meinung nach ausreichend gewesen.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass den ca. 50 Pächtern der ehemaligen Kleingartensparte ein Angebot gemacht werden konnte, soweit diese das gewünscht haben.

Dank für eine gute Vermittlung und Zusammenarbeit gilt hier Herrn Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbandes der Kleingärtner.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt an dieser Stelle aus, dass zur Zweckmäßigkeit der Sporthalle hauptsächlich für den Schulsport auch mit dem Schulleiter intensiv beraten wurde.

Bezüglich der zukünftigen Innengestaltung der Sporthalle (Glasboden usw.) könne es aber in der Planungsphase 2 noch keine konkreten Festlegungen getroffen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass die Vorplanung mit der Förderbehörde abgestimmt ist. Von allen Teilnehmern wurde mitgeteilt, dass es sich um ein förderfähiges Projekt handelt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Beantragung der Fördermittel für die Realisierung der Baumaßnahme „Sporthallenbau und Freiflächengestaltung am Lessing-Gymnasium“ auf Grundlage der Planung der ARGE Fugmann Architekten GmbH/Bauplanung Plauen GmbH unter Vorbehalt der Anregungen und Auflagen des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie des Bundesministeriums des Innern (BMI). Nach Bewilligung der Förderung und Genehmigung des Gesamtkonzeptes soll umgehend die weitere Planung und Realisierung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-11

3.12. Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Sanierung der Turnhalle der Grundschule "Am Wartberg" (2. Bauabschnitt)
Drucksachenummer: 0186/2020

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 86.808,40 EUR (gesamt Brutto) für die Maßnahme „GS Am Wartberg - Sanierung Turnhalle“ mit Fälligkeit der Auszahlungen im Jahr 2021 (Inv. Nr. 12-0000003 Bruttoanteil mit 43.404,20 EUR und 12-V000003 Nettoanteil mit 36.474,12 EUR - hier Vorsteuerabzug mit 6.930,08 EUR).

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-12

3.13. Polizeiverordnung der Stadt Plauen, Antrag DIE LINKE, Reg. Nr. 83-20
Drucksachenummer: 0168/2020

Oberbürgermeister Oberdorfer weist auf das Änderungsblatt vom 25.06.2020 hin.

Frau Ullmann, Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag, diese Verwaltungsvorlage in den Verwaltungsausschuss zur nochmaligen Diskussion zurück zu verweisen.

Er begründet dies u. a. mit der Gültigkeit des Bestimmtheitsgrundsatzes. Diesem würde die Verwendung einiger unbestimmter Begriffe in der neuen Polizeiverordnung widersprechen.

Stadtrat Gerbet benennt folgende Beispiele:

§ 5

Abs. 1 „anhaltend tierische Lautäußerungen“ Was ist das, wie lange wie laut darf das sein?

Abs. 3 „größere Menschenansammlungen“ Was ist eine größere Menschenansammlung?
50 oder 100 Personen oder mehr.

§ 8

- Schädlingsbekämpfung – Was ist ein Schädling?

- Betretung privater Grundstücke – Wird hier eventuell das Grundrecht auf die Unverletzlichkeit der eigenen Wohnung nicht mehr geachtet?

§ 9

Abs. 2g Was sind Vorbereitungshandlungen zur Verrichtung der Notdurft?

Dieser Satz könnte nach Meinung der FDP-Fraktion ersatzlos gestrichen werden.

Das allgemeine Tierfütterungsverbot sei zu hinterfragen. Es würde nach Meinung der FDP-Fraktion zu weit gehen. Demnach würde das Füttern von Enten im Stadtpark auch nicht mehr erlaubt sein.

Oberbürgermeister Oberdorfer spricht sich gegen den Antrag aus. Nachdem diese Verwaltungsvorlage bereits mehrmals im Verwaltungsausschuss besprochen wurde. Er führt aus, dass diese Satzung bereits über die Genehmigungsbehörde der Stadt Plauen geprüft und genehmigt wurde.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Abstimmung zu o. g. Geschäftsführungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit Stimmenmehrheit bei 4 Ja-Stimmen abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 10/20-13

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass die Polizeiverordnung von seiner Fraktion unterstützt wird und begründet dies.

Stadtrat Schmidt führt aus, dass die CDU-Fraktion mehr als verwundert sei, dass die Landesdirektion das lang diskutierte Alkoholverbot in der Plauener Innenstadt nunmehr in Frage stellen und rechtlich prüfen will. Deshalb sei es seiner Meinung nach umso wichtiger, dass diese neue Polizeiverordnung nun auf den Weg gebracht wird, um Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Stadtrat Schmidt spricht an dieser Stelle die Zustände am neu sanierten Schlosshang an. Dort sei eine Klientel zu Gange, welches sich seiner Meinung nach nicht an Recht und Ordnung und Sauberkeit sowie an Normen des allgemeinen Zusammenlebens nicht halten wolle.

Stadtrat Schmidt bedankt sich an dieser Stelle bei Frau Ullmann und ihren Mitarbeiter/innen für ihre verantwortungsvolle Mitarbeit.

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt zu den Äußerungen von Stadtrat Schmidt an, dass es eine Statistik gäbe, welche ein anderes Ergebnis zeigen würde. Über die Verdrängung von bestimmten Gruppen aus der Innenstadt müsse geredet werden. Wichtig wäre hier das Thema Sozialarbeit, welches aber zu einem anderen Zeitpunkt noch einmal besprochen werden sollte.

Zur Polizeiverordnung selbst führt Stadträtin Zierold aus, dass der Änderungsvorschlag ihrer Fraktion zum § 5 Abs. 4. (siehe o. g. Änderungsblatt – *NEU: Menschen mit Behinderung*) ebenfalls auf den § 6 Abs. 4 anzuwenden ist.

Gleichzeitig bittet Stadträtin Zierold darum, dass die Verwaltung sorgfältiger mit Sprache umgehen sollte.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt diese redaktionellen Änderungen in der Polizeiverordnung durchführen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass auch ihre Fraktion der Polizeiverordnung zustimmen wird.

Stadträtin Hänsel führt aus, dass der Antrag ihrer Fraktion, Reg. Nr. 83-20, sehr umfassend beantwortet wurde, so dass dieser Antrag heute nicht mehr abgestimmt werden muss.

Dass sich die Situation am „Tunnel“ verbessert hat, würde Stadträtin Hänsel nicht unbedingt dem Alkoholverbot zuschreiben, sondern eher der erhöhten Präsenz der Polizei und der Ordnungskräfte. Um dem Vandalismus am Schlosshang Einhalt zu gebieten wäre für Stadträtin Hänsel das Anbringen einer Videokamera die einfachste Lösung. Dies sei aber rechtlich nicht gesichert, es sollte aber auf jeden Fall eine gemeinschaftliche Lösung gefunden werden.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, merkt zu den Ausführungen von Stadtrat Schmidt an, dass die Rechtsauffassung seiner Fraktion bezüglich der Alkoholverbotsverordnung nun wohl auch von der Landesdirektion geteilt würde.

Den am „Tunnel“ bestehenden Problemen könnten nach Meinung von Stadtrat Schwarz auch ohne eine Alkoholverbotsverordnung, sondern mit gültigen Gesetzen entgegengewirkt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass bis zum heutigen Tage kein Schreiben von irgendeiner Behörde vorliegt, welches die Alkoholverbotsverordnung der Stadt Plauen als unrechtmäßig einstuft.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, glaubt nicht, dass Sozialarbeit alleine ausreichen würde, um die Situation am „Tunnel“ zu befrieden. Es sollte an den „3 bewährten Säulen“ - Alkoholverbotsverordnung, Prävention der „Mobilen Jugendarbeit“ und die verstärkte Bestreifung durch die Polizei – festgehalten werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es in der heutigen Sitzung nicht um das Für und Wider der Alkoholverbotsverordnung, sondern um die Polizeiverordnung geht. Er bittet die Diskussion dahingehend zu gestalten.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage 2 beigelegte Polizeiverordnung der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 10/20-14

Der Antrag, **Reg. Nr. 83-20**, wurde von der Fraktion DIE LINKE als erledigt zurückgezogen.

**3.14. Umbenennung eines Teiles der Straße „Moorengasse“ in Plauen OT Straßberg in „Walter-Ballhause-Straße“
Drucksachenummer: 0169/2020**

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, erläutert in seiner Funktion als Ortsvorsteher von Straßberg den Inhalt der Vorlage.

Auf Nachfrage von Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, antwortet Oberbürgermeister Oberdorfer, dass der Ortschaftsrat Straßberg darum gebeten hat, den Teil der Straße „Moorengasse“ in **Walter-Ballhause-Straße Weg** umzubenennen.

Der Beschlussvorschlag dieser Verwaltungsvorlage wird dementsprechend abgeändert.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Umbenennung eines Teiles der Straße „Moorengasse“ in Plauen OT Straßberg in „Walter-Ballhause-Weg“.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 10/20-15

**3.15. Nahverkehrsplan für den Nahverkehrsraum Vogtland - 4. Fortschreibung 2020-2024
Drucksachenummer: 0130/2020**

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Leonhardt, Geschäftsstelle des Zweckverbandes ÖPNV, sowie Herrn Wolf vom Ingenieurbüro VCI Dresden.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt kurz in den Inhalt der Vorlage ein.

Herr Leonhardt, erläutert anhand einer Präsentation die wesentlichen Punkte des Nahverkehrsplanes.

Herr Wolf ergänzt die Ausführungen von Herrn Leonhardt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, den soeben vorgetragenen Bericht der Niederschrift der heutigen Stadtratssitzung beizufügen (siehe Anlage 1 der Niederschrift).

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass zur Initiative der Bundesregierung bezüglich der so genannten Deutschlandtaktung eine entsprechende Informationsvorlage für den Stadtrat erstellt wird. Weiterhin teilt er mit, dass das im Oktober 2019 eingeführte Vogtlandnetz evaluiert werden sollte. Dies sei durch die derzeitige Corona-Krise aber nicht sinnvoll.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat im Namen der Stadt Plauen einen Antrag an den Vogtlandkreis gestellt, dass in der Haushaltsplanung des Vogtlandkreises für 2021/2022 die Mittel für die Plauener Straßenbahn erhöht werden sollen. Er erwartet, dass der Landrat eine positive Begründung des Sachverhaltes sowie eine Beschlussempfehlung an den Kreistag weitergibt.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, befürwortet den vorgelegten Nahverkehrsplan. Er führt u. a. aus, dass die ländlichen Strukturen rund um Plauen gut seien, man müsse aber dafür sorgen, dass dieser ländliche Raum auch an den ÖPNV angebunden ist. Hier werden klare, finanzierbare und praktikable Lösungen benötigt.

Eine wichtige Komponente im Verkehrsplan ist nach Meinung von Stadtrat Schmidt die Plauener Straßenbahn. Hier sollte eine 10 Minuten Taktung durchaus beibehalten werden.

Gleichzeitig sollte aber auch für die Sicherheit in den Straßenbahnen Sorge getragen werden. Hier gäbe es großen Handlungsbedarf.

Stadtrat Schmidt hofft darauf, dass die Finanzierung der Straßenbahn auch vom Landrat positiv mit begleitet wird.

Weiterhin sollte es nach Meinung von Stadtrat Schmidt Anspruch sein, dass die Stadt Plauen an den Fernverkehr angeschlossen sein sollte.

Stadtrat Schmidt bittet um sachliche Begründung, warum das S-Bahn-Netz nur bis Mehltheuer aber nicht bis Hof reichen soll.

Herr Wolf, Ingenieurbüro VCI Dresden, antwortet, dass auch heute schon die Vogtlandbahn nach Mehltheuer fährt, um den Anschluss für die Erfurter Bahn (aus Richtung Gera nach Hof) herzustellen. Zukünftig soll es so sein, dass das S-Bahn Fahrzeug dazu benutzt wird, um noch einen weiteren Anschluss herzustellen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es derzeit keine 10 Minuten Takt bei der Plauener Straßenbahn gibt, sondern einen 12 Minuten Takt. Dieser 12 Minuten Takt sollte seiner Meinung nach erhalten bleiben. Eine kürzere Taktung kann finanziell nicht dargestellt werden.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE, hält den vorgelegten Nahverkehrsplan für konkret und zukunftsweisend in den verschiedenen Positionen. Bezüglich des neu in Betrieb genommenen Liniennetzplanes sollte im Herbst 2020 bzw. im nächsten Jahr geschaut werden, wie dieser angenommen wurde. Stadtrat Jäger bittet, dafür zu sorgen, dass die Verkaufsagentur auf dem Oberen Bahnhof erhalten bleibt. Die Ausführungen hierzu im Nahverkehrsplan seien nicht so eindeutig.

Stadtrat Jäger hofft sehr darauf, dass die geplanten 90 % Förderquote für die Neuanschaffung von Fahrzeugen bei der Plauener Straßenbahn tatsächlich erreicht werden kann.

Die Umstellung auf einen 15 Minuten Takt bei der Plauener Straßenbahn hält Stadtrat Jäger für Benutzerunfreundlich.

Den Antrag von Oberbürgermeister Oberdorfer zur Dynamisierung der finanziellen Zuwendung durch den Vogtlandkreis an die Plauener Straßenbahn unterstützt Stadtrat Jäger.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist an dieser Stelle darauf hin, dass durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke-Erdgas Plauen GmbH 1,4 Mio. EUR Ergebnisabführung an die Plauener Straßenbahn beschlossen werden konnten.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass es in Plauen auch 42,4 % Menschen gibt, die im ländlichen Bereich wohnen. Seine Forderung, auch die Ortsteile besser an das Plauener Straßennetz anzubinden, steht nach wie vor.

Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei Herrn Brosig für die Zusage, erste Schritte zur Verbesserung dieser Anbindung beim Zweckverband ÖPNV ansprechen zu wollen.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, merkt an, dass aus den bisherigen Äußerungen eingeschätzt werden könne, dass der Stadtrat die Plauener Straßenbahn erhalten möchte. Er verweist hierbei aber auch darauf, die Sicherheit der Zugänge zu den Straßenbahnhaltestellen weiter im Blick zu behalten. Ein weiteres wichtiges Thema sei die Erreichbarkeit der Gewerbegebiete rund um Plauen mit dem öffentlichen Personennahverkehr, speziell spricht er hier das Gewerbegebiet Oberlosa an.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 4. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Nahverkehrsraum Vogtland (siehe Anlage 1) als Weisungsbeschluss für die in den Zweckverband ÖPNV Vogtland entsandten Verbandsräte der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-16

**3.16. Antrag der CDU-Fraktion - Maßnahmen zur Belebung der Gastronomie- und Gewerbelandschaft in Plauen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie
Reg.-Nr. 108-20 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt seiner Fraktion. Er bittet darum, die 5 Punkte des Antrages einzeln abstimmen zu lassen.

Frau Ullmann, Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vor.

Die Verwaltung unterstützt den Vorschlag, die Jahressondernutzungsgebühren für die Gastronomen zurückzuerstatten und für mögliche Erweiterungen der Freiflächen keine Gebühren zu erheben. Betroffen sind insgesamt 41 Gastronomen. Es handelt sich insgesamt um eine Summe von 11 TEUR, die zurückgezahlt werden würde. Es wurde bereits Kontakt zu den Betroffenen aufgenommen, wobei von 3 Gastronomen eine Interessenbekundung zur Erweiterung der Sondernutzungsflächen vorliegt. Es wäre auch kein Problem, den Gestaltungsleitfaden für dieses Jahr auszusetzen.

Anders sieht es die Verwaltung allerdings beim Thema Parkgebühren gemäß Punkt 4. und 5. des Antrages. Diese beiden Punkte werden von der Verwaltung abgelehnt.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, die Punkte 1. bis 3. zusammengefasst abzustimmen. Für die Punkte 4. und 5. wird Einzelabstimmung mit einem Wort dafür und einem Wort dagegen vorgeschlagen.

Stadtrat Schmidt stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Zu Punkt 1. bis 3. des Antrages:

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag die ausdrückliche Zustimmung seiner Fraktion findet.

Stadtrat Gerbeth führt aus, dass von verschiedenen **Schaustellerfamilien** angedacht ist, auf einem Platz im innerstädtischen Bereich ein Sommerangebot zu kreieren. **Seine Fraktion regt an, die Regelung der Aussetzung der Sondernutzungsgebühren auf diese Unternehmen zu erweitern.**

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet hierzu, dass die Verwaltung sich im Gespräch dazu mit den Schaustellerfamilien befindet. Die Genehmigung der Landesdirektion liegt vor, um dieses Angebot durchzuführen. Er unterstützt den Vorschlag von Stadtrat Gerbeth.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Abstimmung zu den Punkten 1. bis 3. mit der Ergänzung, dass dies auch für das geplante Sommerangebot der Schaustellerbetriebe angewandt wird.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird wie folgt beauftragt:

1. Straßensondernutzungssatzung

- Gebührenverzeichnis

Die Gebühr der Sondernutzung unter „1. Gastronomischer Betrieb"/Schausteller ist ab 15. Mai 2020 bis zum Jahresende 2020 auszusetzen.

- § 10 Gebührenpflicht (4)

Jahresgebühren sind rückwirkend ab der vorgeschriebenen Schließung von Gewerbeeinheiten durch Corona-Maßnahmen anteilig bis Jahresende auszusetzen und Monatsgebühren, welche trotz Nichtinanspruchnahme erhoben wurden, sind analog rückzuführen.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt nach Möglichkeiten zu suchen, für Gaststätten, Imbisse und Hoteliere weitere Flächen im öffentlichen Raum für eine Außengastronomie zur Verfügung zu stellen. Die Nutzung des Altmarkts soll ebenfalls für die Nutzung zur Verfügung stehen.

3. Der Gestaltungsleitfaden für Sondernutzungen auf öffentlichen Flächen in der Innenstadt Plauen ist zu den vorgenannten Maßnahmen für den gleichen Zeitrahmen auszusetzen.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-17

Zu Punkt 4. des Antrages:

Stadtrat Schmidt teilt mit, dass im Finanzausschuss hierzu der Kompromiss gefunden wurde, nur den Neustadtplatz parkgebührenfrei anzubieten und nicht das ganze Innenstadtgebiet.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen den Punkt 4. des Antrages aus.

Es sei wichtig, dass ein Umschlag da sei, dass Parkplätze für Kunden zur Verfügung stehen. Mit der vorgeschlagenen Regelung könnte es sein, dass Freitagabends die Fahrzeuge stehen gelassen würden und somit am Samstag kein Parkplatz frei wäre.

Beschluss:

4. Parkgebühren laut Parkgebührensatzung werden ab 23. Mai 2020 an Samstagen auf dem Neustadtplatz bis auf Weiteres nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 12 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-18

Zu Punkt 5. des Antrages

Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, spricht sich für diesen Vorschlag aus. Sie merkt an, dass die Einnahmen der Händler rapide zurückgegangen seien. Es gäbe zwar staatliche Hilfen, diese müssten aber versteuert werden.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, spricht sich gegen den Vorschlag aus. Durch die Bundes- und Landeshilfen habe man einen wesentlich höheren Rahmen, der die Unternehmen soweit stützen kann, dass sie die Situation „überleben“. Weiterhin könnten die Jahresparkkarten von den Händlern auch privat genutzt werden.

Beschluss:

5. Gebühren für Parkkarten, welche als Jahresparkkarten an Händler und Gewerbetreibende ausgestellt wurden, sind rückwirkend ab der vorgeschriebenen Schließung von Gewerbeeinheiten durch Corona-Maßnahmen anteilig bis Jahresende auszusetzen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen; 19 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-19

Punkt 5 des Antrages ist mehrheitlich abgelehnt.

**3.17. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Sitzungen des Stadtrates per Livestream / bessere Transparenz über die sozialen Medien schaffen
Reg.-Nr. 111-20 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Oliver Bittmann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion. Gleichzeitig teilt er mit, dass die Punkte 2 bis 3 des Antrages als erledigt angesehen und somit zurückgezogen werden. **Eine Abstimmung ist also nur für den Punkt 1 des Antrages notwendig.**

Frau Weck, Pressesprecherin der Stadt Plauen, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet auch hier darum, ein Wort für und ein Wort gegen den Antrag zu führen.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus. Sie begründet dies u. a. damit, dass die Kosten auf jeden Fall höher seien, wenn man sich für eine professionelle Technik entscheidet.

Weiterhin bewegt Stadträtin Knabe, dass man einen Bearbeiter für diese Medien bräuchte. Gleichzeitig sei kein Schutz der Personen mehr gewährleistet, welche aufgezeichnet werden.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, kann sich einen Livestream für den Stadtrat der Stadt Plauen nicht vorstellen. Ein Ehrenamt als Stadtrat in Plauen sei seiner Meinung nach z. B. mit einem Ehrenamt in München nicht vergleichbar.

Stadtrat Brückner lehnt den Antrag ab.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, führt aus, dass der Antrag gute Ansätze beinhaltet. Er schätzt ein, dass ein Livestream ein sehr gutes Werkzeug sei, eine aktuelle und sachliche Berichterstattung zu gewährleisten.

Nach Abwägung aller Argumente (u. a. auch Datenschutz und Kosten) kam die AfD-Fraktion aber zu dem Schluss, sich gegen den Antrag auszusprechen.

Stadtrat Lars Gruber, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus. U. a. führt er aus, dass selbst eine kleine Gemeinde wie Rosenbach einen Livestream ihrer Sitzungen anbietet.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt abschließend an, dass man doch damit beginnen könnte, aus den Fraktionssitzungen heraus einen Livestream zu übertragen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. Die Verwaltung der Stadt Plauen wird beauftragt, zukünftige Sitzungen des Stadtrates im Wege eines Livestreams in das Internet zu übertragen und eine Aufzeichnung dieses Livestreams in das Bürgerinfoportal einzustellen.

**Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen; 23 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 10/20-20**

Punkt 1 des Antrages ist mehrheitlich abgelehnt.

Die Punkte 2 bis 3 des Antrages wurden von der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion als erledigt zurückgezogen.

4. **Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob die Sparkasse Vogtland weiterhin eine Geschäftsstelle im Chrieschwitzer Hang am bisherigen Standort (Nähe Nettomarkt) beibehalten will.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass der Vermieter des Objektes der Sparkasse Vogtland diese Geschäftsstelle gekündigt hat.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, mit welcher Begründung die Stadt Plauen den Eigentümer des Grundstückes „Oppel-Mercedes“ in der Dresdner Straße versagt hat, eine LED-Wand aufzustellen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, fragt nach, wer nun für das Mähen des Randstreifens am neu gebauten Nussertweg im Ortsteil Straßberg zuständig ist. Den Anwohnern selbst wäre verboten worden, den Streifen selbst zu mähen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, fragt nach, wann mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten im Stadtpark Plauen gerechnet werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

(nachträgliche Anmerkung: Die Anfrage wurde bereits mündlich durch Frau Wolf, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, nach der Stadtratssitzung am 07.07.2020 an Herrn Brückner beantwortet.)

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, merkt an, dass aufgrund der Corona bedingten Schließung des Stadtbades Plauen der Schulschwimmunterricht ausgefallen ist.

Er fragt folgendes nach:

Welches Konzept gibt es, dass mit Schuljahresbeginn im September 2020 der Schulschwimmunterricht in der Klassenstufe 2 und 3 stattfinden kann?

Warum hat man bei Abstellen der technischen Anlagen im Stadtbau nicht sofort die alljährliche Revision durchgeführt?

Wäre es denkbar gewesen, beim Herunterfahren der Umwälzungsfrequenz, die Algenbildung zu verhindern?

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, antwortet wie folgt:

Die Revision wird überwiegend von deutschlandweit ansässigen Firmen durchgeführt. Durch die Corona-Verordnungen waren Reisetätigkeiten zeitweise untersagt. Außerdem konnten die jährlich im Voraus gebuchten Termine nicht umgebucht werden.

Die Anfrage nach einer Revision zu einem früheren Zeitpunkt wurde negativ beantwortet.

Die Umwälzanlagen wurden „auf Sparflamme“ gesetzt. Gleichzeitig wurden in der Freizeitanlagen Plauen GmbH die Mitarbeiter sofort auf Kurzarbeit gesetzt. Die Algenbildung selbst sei unproblematisch und führe auch nicht zu einem erhöhten Reinigungsaufwand.

Nach dem Ablassen des Wassers hätte die Reinigung der Becken sowieso im Rahmen der Revision erfolgen müssen.

Dass nicht schon eher wieder geöffnet wurde (für einen Zeitraum von 3 Wochen vor der Revision), wird damit begründet, dass hierfür ein Hygienekonzept hätte erarbeitet werden müssen. Bei deutlich höheren Ausgaben hätte man mit deutlich geringen Einnahmen rechnen müssen. Auch bei den Freibädern würde die Stadt Plauen derzeit schon defizitär arbeiten.

Diese Öffnung hätte insgesamt ca. 140 TEUR Kosten verursacht.

Vom Kultusministerium wurde der Passus Schulschwimmen außer Acht gelassen. Schulschwimmen soll perspektivisch mit Beginn des neuen Schuljahres wieder stattfinden. Hierfür wurde der Auftrag für ein entsprechendes Hygienekonzept gegeben. Es wird derzeit mit den Schulen verhandelt, dass nur die Hälfte der jeweiligen Klassen zum Schwimmunterricht kommen soll.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, fragt nach, warum ca. Mitte Juni 2020 eine Wiese (mit überwiegend Wiesensalbei) an der Trockentalstraße (bergauf) vor kurzem gemäht wurde, obwohl die Stadt Plauen ein Grünflächenkonzept hat. Sie möchte Wissen, wer dies veranlasst hat und aus welchem Grund.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, fragt nach, wie weit in Plauen die Möglichkeit besteht, Schüler und Schülerinnen mit der notwendigen Hardware (Laptop, PC usw.) auszustatten, falls eine 2. Pandemiewelle auftreten sollte.

Bürgermeister Zenner teilt mit, dass vom Bund ein Betrag in Millionenhöhe in Aussicht gestellt hat für Kinder aus so genannten finanzschwachen Familien. Die Stadt Plauen rechnet damit, ca. 300 Laptops anschaffen zu können. Allerdings fehlt derzeit eine konkrete Regelung für die Umsetzung (Anschaffung durch Schulträger, leihweise zur Verfügung stellen). Sobald die konkrete Umsetzungsrichtlinie vorliegt, wird man sich mit entsprechenden Lieferanten in Verbindung setzen. Für Kinder, die zu Hause keine Möglichkeit der digitalen Schularbeit/Hausaufgabenbearbeitung (z. B. kein Internet) haben, soll dies in den Kinder- und Jugendeinrichtungen und den Schulen der Stadt Plauen als gesonderte Betreuungsleistung mit angeboten werden.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Diana Zierold
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Mirko Rust
Stadtrat

Anlage 1

Bericht zum TOP 3.15. Nahverkehrsplan